DEMO-ONLINE.DE

71. JG | A02125 EINZELPREIS **6,00 €**

DEMO

S1 **2019**
SONDERHEFT

VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR K

Brandenburg
Landes-SGK
Extra
Heftmitte

Regionen in Europa

Sonderheft zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/ARTO

DEMO
KOMMUNALKONGRESS

Treffpunkt
sozialdemokratischer
Kommunalpolitik

Infos und Anmeldung unter:
www.demo-kommunalkongress.de

Jetzt anmelden!

»KOMMUNE – KONKRET – GESTALTEN«

14. DEMO-Kommunalkongress

Berlin | 21. – 22. November 2019

Gemeindezentrum Schöneberg | Hauptstraße 125A | 10827 Berlin-Schöneberg

Freuen Sie sich auf interessante Reden und Impulse u.a. von:

FRANZISKA GIFFEY
Bundesministerin
für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

MICHAEL LUDWIG
Landeshauptmann und
Bürgermeister von Wien

THEMENSCHWERPUNKTE

WACHSTUM UND WOHLSTAND

- Starke Kommunale Unternehmen
- Wohnen als Soziale Frage
- Digitale Zukunft gestalten

SCHUTZ UND TEILHABE

- Gute Kitas
- Öffentliche Sicherheit
- Bürgerfreundliche Kommune

KOOPERATION UND VERANTWORTUNG

- Nachhaltigkeitsziele umsetzen
- Europäische Integration
- Kommunale Partnerschaften

Die Städte und Regionen als Akteure eines progressiven Kurswechsels für Europa

Karl-Heinz Lambertz

Brexit, soziale Ungleichheit, Klimawandel, Austeritätszwänge: die EU verwaltet zurzeit zahlreiche Krisen und die Mitgliedsstaaten schaffen es nicht, richtungsweisende Entscheidungen zu treffen. Die BürgerInnen fühlen sich hilflos angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung, sehen die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU aber mehrheitlich positiv. Die EU braucht einen progressiven Kurswechsel.

Die Erneuerung Europas kann nicht nur von den Nationalregierungen verwirklicht werden. Gemeinsam mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften muss Europa das Ruder herumreißen. Trotz der existenzgefährdenden Krise gestalten sie Europa vor Ort, und zwar nicht nur, weil sie fast 70 Prozent der EU-Gesetzgebung umsetzen, sondern auch, weil sie mit den Erwartungen der BürgerInnen vor Ort vertraut sind. Ganz im Sinne der „aktiven Subsidiarität" müssen sie von vorne herein an der Gestaltung der Europapolitik beteiligt werden.

Zu den besonders eindrücklichen Beispielen gehört zweifelsohne die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Die Behörden sorgen vor Ort für eine menschenwürdige Aufnahme und die soziale Integration von Flüchtlingen, während die Mitgliedsstaaten sich die Verantwortung gegenseitig zuschieben.

Auch beim Klimawandel schaffen Gemeinden, Städte und Regionen Kooperationsräume. So haben sich z.B. im Rahmen des Konvents der Bürgermeister für Klima und Energie bisher schon 7.755 europäische Gebietskörperschaften dazu verpflichtet, das EU-Ziel einer Verringerung der CO_2-Emissionen um 40 Prozent bis 2030 zu erreichen oder gar zu übertreffen.

Darüber hinaus setzen sich die Gebietskörperschaften dafür ein, dass die Verbindung zwischen den BürgerInnen und der EU nicht reißt. Gemeinsam mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss hat der AdR die Gleise gestellt, die europaweit geführten Bürgerdialoge zu einer permanenten Struktur des Austauschs zwischen den EuropäerInnnen vor Ort und der EU zu entwickeln. Nur so kann sich Europa für die Zukunft bürgernah aufstellen.

Die EU braucht die Städte und Regionen. Aber diese sind auch auf die Unterstützung seitens der EU angewiesen. So ermöglicht ihnen die EU-Kohäsionspolitik, ihre Wirkungskraft und Investitionskapazitäten vollkommen zu entfalten. Sie sehen daher auch der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Kürzung der regionalen Fördermittel mit Sorge entgegen, denn konkret würde dies weniger Infrastrukturprojekte und weniger soziale Integrationsmöglichkeiten für die Menschen vor Ort bedeuten. Gewisse Mitgliedsstaaten nutzen heute den Brexit als Ausrede, um den eines ehrgeizigen Europas würdigen Haushalt zu verhindern. Eine ambitionierte EU braucht aber einen ambitionierten Haushalt.

Nur wenn wir alle Solidarität an den Tag legen und wenn alle Politikebenen zusammenarbeiten, können wir ein progressives Europa schaffen, das für die Zukunft gewappnet ist und den Menschen Zuversicht gibt.

Karl-Heinz Lambertz
Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen

FOTOS: ADR; SPE-FRAKTION IM ADR; STOCK.ADOBE.COM/CEVAHIR; SHUTTERSTOCK; BP EUROPA SE

Regionen in Europa
Sonderheft Mai 2019

4 **Europäischer Ausschuss der Regionen |**
Institutionelles Sprachrohr für Gemeinden, Städte und Regionen im europäischen Entscheidungsprozess

4

6 **Für Kommunen steht bei der Europawahl viel auf dem Spiel |**
EU-Regionalpolitik soll im Rahmen des EU-Haushalts auch nach 2020 eine tragende Säule für die Europäische Union bleiben

7 **Brexit ante portas |**
Studie zur Auswirkung auf Städte und Regionen in Europa

7

8 **Konvent der Bürgermeister |**
Kampf gegen den Klimawandel von unten

Report
Ruhrgebiet

10 **„Wir bedienen alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge" |**
Interview mit dem Chef der DSW21-Gruppe, Guntram Pehlke

10

12 **Wohnen auf ehemaligen Zechenarealen |**
Die RAG Montan Immobiliien gestaltet neue Stadtquartiere mit attraktiver Wohnqualität

14 **Ruhrgebiet als wichtiger Standort für die Wirtschaft|**
BP setzt auf moderne Logistik im Stadthafen Gelsenkirchen

14

Impressum
DEMO-Sonderheft

Demokratische Gemeinde,
Fachorgan der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-200
Telefax: (030) 255 94-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
Internet: www.demo-online.de

Herausgeber: Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK

Projektleitung: Henning Witzel

Redaktion: Henning Witzel, Karin Billanitsch (redaktionelle Betreuung)

Layout/Sekretariat: Heidemarie Lehmann
Telefon: (030) 255 94-200

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Geschäftsführung: Karin Nink, Kerstin Thomberg

Anzeigen/Vertrieb: ASK. Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Gewerbehof Bülowbogen,Hof D, Eingang D1, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Henning Witzel
Telefon: (030) 740 73 16-36

Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 36 vom 1. Januar 2019

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs regulären Ausgaben im Jahr und zusätzlich mit vier DEMO Sonderheften/Impulse

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahres-Abonnement: 60 € (inkl. Versand und 7 % MwSt.); für Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich) 40 €

Jahres-Abonnement (Ausland): 60 € zzgl. Versandkosten
Die Abonnements verlängern sich jeweils um ein Jahr, sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages und im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder auf Minderung des Bezugspreises.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Litho: Satzstudio Neue Westfälische Gmbh & Co KG
Titelbild: Das Dortmunder U ist ein 1926/1927 als „Gär- und Lagerkeller" der Dortmunder Union Brauerei errichtetes Hochhaus am westlichen Rand der Dortmunder City

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de

Zugleich Versandanschrift für Beilagen und Beihefter mit Zusatz „Warenannahme".

Das Gebäude des Europäischen Ausschusses der Regionen in Brüssel

Europäischer Ausschuss der Regionen

Institutionelles Sprachrohr für Gemeinden, Städte und Regionen im europäischen Entscheidungsprozess

Autor Justus Schönlau, SPE-Fraktionsreferent im AdR

Regionen in Europa

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1993 als beratendes Organ für die Belange der Gemeinden, Städte und Regionen im Rahmen der europäischen Integration geschaffen. Mit seinem Sitz in Brüssel im Herzen des Europaviertels – in unmittelbarer Nähe zum Europäischen Parlament und in Sichtweite zur EU-Kommission und zum Ministerrat – vertreten die 350 Mitglieder und ebenso viele stellvertretende Mitglieder im Ausschuss die Interessen der Regierungsebenen unterhalb der Mitgliedstaaten. Denn die in Brüssel verabschiedeten Initiativen, Richtlinien und Verordnungen betreffen zu einem Großteil Politikfelder, die auch das Handeln der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, in den Stadträten und oder den Landesverwaltungen und -regierungen bestimmen. Ob im Bereich Umweltpolitik bei Grenzwerten für Wasser- oder Luftqualität, im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe oder bei den Regeln für die Asylpolitik, und nicht zuletzt im Bereich der Fördermittel für Sozial- und Strukturpolitik oder Landwirtschaft, überall setzt die Europäische Union den Rahmen, während die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten und zu wesentlichen Teilen vor Ort stattfindet.

Seit 25 Jahren im Herzen des Entscheidungsprozesses

Aus diesem Grund und nicht zuletzt auf Betreiben der deutschen Bundesländer und anderer Regionen aus Mitgliedstaaten mit starken regionalen oder kommunalen Gebietskörperschaften, wurde mit dem Vertrag von Maastricht deshalb der Ausschuss geschaffen, um die unteren Ebenen frühzeitig in die europäische Politikgestaltung einzubeziehen. Der AdR, der 1994 seine erste Sitzung abhielt und deshalb in diesem Dezember sein 25. Jubiläum feiert, bildet in seiner Zusammensetzung die Vielfalt der innerstaatlichen Organisationsformen der EU-Mitgliedstaaten ab: Alle Mitglieder haben gemeinsam, dass sie ein Wahlmandat in ihrem Mitgliedstaat innehaben müssen, auf dessen Grundlage sie für fünf Jahre in den AdR entsandt werden, und dass sie sich in derzeit fünf politischen Fraktionen der europäischen Parteifamilien organisieren. Darüber hinaus reicht die Mitgliedschaft von fünf Mitgliedern für die kleinsten EU-Staaten bis 24 für die größten. Die Mandate der einzelnen Vertreter und Vertreterinnen sind so unterschiedlich wie ihre Regionen oder Kommunen: Gemeinde- oder Stadtrats-

FOTO: AdR

mitglieder, Landräte oder Provinzialpräsidenten, Mitglieder von Regionalparlamenten, Landesminister oder sogar Ministerpräsidenten sitzen gemeinsam im AdR und beraten in sechs thematischen Fachkommissionen die Vorschläge der EU-Kommission für neue oder zu überarbeitende Gesetzgebung. Dabei geht es sowohl darum, im Vorfeld neuer Initiativen Akzente und Themen zu setzen und die anderen EU-Institutionen für Anliegen, Bedenken oder Ideen aus der kommunalen Wirklichkeit zu sensibilisieren, als auch darum, durch konkrete Vorschläge für Änderungen am Gesetzestext sicher zu stellen, dass die gesetzten Ziele so effektiv und unbürokratisch wie möglich erreicht werden können. Dazu treffen sich die AdR-Mitglieder in Brüssel oder andernorts in der EU zu jeweils fünf oder sechs Sitzungen pro Fachkommission und Jahr, sowie fünf Plenarsitzungen.

Da der AdR als beratendes Organ auf die enge Zusammenarbeit mit den Entscheidungsträgern der EU angewiesen ist, liegt ein zentrales Augenmerk auf den Kontakten mit der EU-Kommission sowie den EU-Parlamentariern, die im Gesetzgebungsverfahren mit dem Ministerrat gemeinsam entscheiden. Insofern ist der Ausschuss der Regionen ein wichtiges „Rädchen" in der Brüsseler Maschinerie, denn er bietet die institutionelle Plattform, um die Erfahrungen aus der täglichen Arbeit mit europäischen Finanzmitteln und europäischer Gesetzgebung in den politischen Entscheidungsprozess einfließen lassen zu

Die Vorsitzende der deutschen Delegation im Ausschuss der Regionen und Mitglied der Sozialdemokatischen Fraktion, Ulrike Hiller, Bremer Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten, mit dem Vorsitzenden der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, Udo Bullmann

Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen (Sozialdemokratische Fraktion Belgien)

FOTOS: SPE-FRAKTION IM ADR; ADR

können. In Ergänzung zu den verschiedenen nationalen und europäischen Verbänden, u.a. der Gebietskörperschaften, für die Vertretung von Interessen aller Art, aber ausgestattet mit dem Privileg, dass eine Stellungnahme des AdR bei fast allen wichtigen Themen der EU-Gesetzgebung inzwischen vertraglich vorgeschrieben ist, trägt der Ausschuss damit zu einer demokratischeren und bürgernäheren Politik bei.

Dabei haben die in ihren Kommunen und Regionen verankerten AdR-Mitglieder, die zusätzlich zu ihrem Wahlmandat zu Hause die Arbeit im Europäischen Ausschuss der Regionen leisten, eine doppelte Brückenfunktion: Sie speisen die Vorschläge und Ideen aus der Fläche und den unterschiedlichsten geographischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Situationen der Gemeinden und Regionen in das europäische Projekt ein, und berichten gleichzeitig vor Ort darüber, was in „Brüssel" gerade geplant und entschieden wird.

Über die reine beratende Funktion im Gesetzgebungsprozess hinaus versucht der Ausschuss, mit einem Verwaltungsapparat von circa 250 Mitarbeitenden (und weiteren 250, die sich als Übersetzer darum kümmern, dass die Arbeiten des Ausschusses in den 24 offiziellen EU-Sprachen ablaufen können), die Mitglieder darin zu unterstützen, den Bürgerinnen und Bürgern die EU und ihre Politiken näher zu bringen. So unterhält der Ausschuss eine Reihe von Netzwerken zu bestimmten Themen von aktueller Bedeutung, zum Beispiel zur Erhaltung der europäischen Kohäsionspolitik als einem zentralen Instrument für sozialen und territorialen Zusammenhalt in Europa (#CohesionAlliance), zur Vernetzung von Städten und Regionen, die ambitionierte Klimapolitik betreiben (den Konvent der Bürgermeister, siehe Artikel S. 8), oder die neu geschaffene „Initiative Städte und Regionen für die Integration von Migranten". Der Ausschuss, seine Fachkommissionen und die politischen Fraktionen veranstalten eine Vielzahl von Seminaren, Konferenzen, Exkursionen und Kommunikationsaktivitäten, alle mit dem Ziel, die komplexe Vielfalt in Europa mit den notwendigen gemeinsamen Anstrengungen für gemeinsame Ziele im Interesse aller Europäerinnen und Europäer zusammen zu bringen – und zwar dort, wo sie leben, also in Dörfern, Städten und Regionen von Nordlappland bis Sizilien, von den griechischen Inseln bis zur Algarve.

EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN

- 350 Mitglieder
- 24 deutsche Mitglieder
- 5 politische Fraktionen
- 6 Fachausschüsse
- 5-6 Plenartagungen pro Jahr

https://pes.cor.europa.eu/
https://cor.europa.eu/de

Anzeige

Für Kommunen steht bei der Europawahl viel auf dem Spiel

EU-Regionalpolitik soll im Rahmen des EU-Haushalts auch nach 2020 eine tragende Säule für die Europäische Union bleiben

Autor Matthieu Hornung, SPE-Fraktionsreferent im AdR

Die EU ist nicht nur in Brüssel, sie ist häufig in unserer unmittelbaren Nachbarschaft anzutreffen. Am sichtbarsten sind natürlich EU-geförderte Infrastrukturprojekte, aber die EU-Regionalpolitik steht auch für die rund 15 Millionen Menschen, die jedes Jahr an tausenden Projekten teilnehmen, die vom europäischen Sozialfonds (ESF) europaweit kofinanziert werden, für modernisierte Wasserversorgungssysteme für 15 Millionen Bürger oder die Förderung von 141.145 Existenzgründungen. In unseren Kommunen sind auch beim Ausbildungsplatz für Lernbehinderte, beim Hochwasserschutz oder der energetischen Sanierung des Rathauses oft EU-Gelder involviert.

Politische Zielsetzung der EU-Regionalpolitik ist es, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt (im Brüsseler Jargon auch als „Kohäsion" bezeichnet) zu stärken. Vor dem Hintergrund eines in den letzten Jahren wieder zunehmenden Entwicklungsgefälles zwischen den Regionen Europas ist diese Zielsetzung aktueller denn je. Darüber hinaus ist die EU-Regionalpolitik in einer Zeit anhaltender Haushaltskonsolidierung als wichtigstes EU-Investitionsinstrument unerlässlich geworden. Ohne die Kohäsionspolitik wären dringend benötigte öffentliche Investitionen in den weniger entwickelten Mitgliedstaaten während der Krise um weitere 45 Prozent eingebrochen. Beim Zusammenhalt geht es aber nicht nur darum, die Regionen, die vom Binnenmarkt weniger profitieren, „mitzunehmen" oder ein am Bruttoinlandsprodukt gemessenes Gefälle zwischen Regionen zu kompensieren. Es geht auch darum, überall in Europa Jobs zu schaffen und zu helfen, Herausforderungen wie den Klimawandel, den demographischen Wandel oder die Flüchtlingsintegration anzugehen.

EU-Regionalpolitik stellt sicher, dass auch die Akteure vor Ort eingebunden sind.

Natürlich liegt der Fokus dabei auf den ärmsten Regionen Europas. Dennoch gibt es auch in Deutschland viele Regionen, die vor Herausforderungen von europäischer Dimension in Hinblick auf den Zusammenhalt stehen. Die EU Regionalpolitik basiert dabei auf europaweiten und grenzüberschreitenden Strategien und stellt durch das vorgeschriebene „Partnerschaftsprinzip" sicher, dass die Akteure vor Ort eingebunden sind.

Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat haben vor den Europawahlen vom 26. Mai 2019 leider noch keine Einigung über die Regionalpolitikprogramme für die neue Förderperiode 2021–2027 erzielen können. Diese Programme – Europäische Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) – umfassen insbesondere den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Kohäsionsfonds. Eine starke regionalpolitische Komponente haben außerdem der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

Im Vorfeld der Verhandlungen für die neue Förderperiode hat der EU-Ausschuss der Regionen (AdR) die „Kohäsionsallianz" (#CohesionAlliance) ins Leben gerufen. 12.000 einzelne Unterzeichner, 121 Regionen, 135 Städte und Landkreise, 50 regionale und lokale Gebietskörperschaften, 40 Mitglieder des Europäischen Parlaments und 35 EU-Branchenverbände haben sich dieser Allianz angeschlossen, die dafür wirbt, dass die EU-Regionalpolitik im Rahmen des EU-Haushalts nach 2020 auch weiterhin eine tragende Säule für die Zukunft der EU bleibt.

Viele der konkreten Forderungen der Allianz sind bereits vom Europäischen Parlament (EP), unter anderem dank des Einsatzes der Ko-Berichterstatterin zur Dachverordnung der ESIF, der sächsischen Sozialdemokratin Constanze Krehl, aufgriffen worden. So widersetzen sich AdR, „Kohäsionsallianz" und EP der von der Kommission vorgeschlagenen Kürzung der Mittelzuweisungen für die EU-Regionalpolitik um zehn Prozent.

Weitere Knackpunkte

Weitere Knackpunkte der Debatten sind die Aufrechterhaltung des Partnerschaftsprinzips, d.h. die Einbindung der lokalen Akteure in die Programmierung der Regionalfonds, sowie die Forderung, dass Förderung für regionale Projekte zur Bekämpfung von Armut und Jugendarbeitslosigkeit oder zur Integration von Geflüchteten schneller und unbürokratischer beantragt werden kann. Schließlich setzen sich die europäischen Sozialdemokraten in den verschiedenen Gremien dafür ein, 30 Prozent der gesamten Fördermittel für den Kampf gegen den Klimawandel bereit zu stellen (statt bisher 20 Prozent).

Ob sich diese Forderungen durchsetzen lassen, hängt natürlich vom Ausgang der Europawahl und dem Ergebnis der europafreundlichen politischen Kräfte ab. Auch für die deutschen Kommunen und Länder und für die EU-Regionalpolitik steht also bei der Europawahl sehr viel auf dem Spiel.

UNTERSTÜTZER

12.000

einzelne Unterzeichner,

256

Regionen, Städte und Landkreise, sowie

35

EU-Branchenverbände haben die #CohesionAlliance ins Leben gerufen

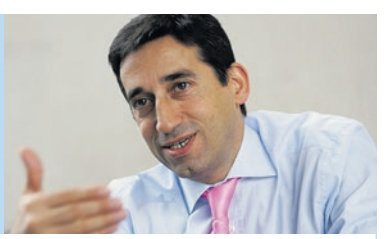
QUELLE: AUSSCHUSS DER REGIONEN (ADR)

Weitere Infos zur #cohesionalliance:
http://www.cohesionalliance.eu/
Portal des Europäischen Parlaments „Das tut die EU für mich"
https://what-europe-does-for-me.eu/de/portal

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/ZEROPHOTO

Anzeige

„Überlassen Sie die Besetzung von Führungspositionen nicht dem Zufall …"
– Edmund Mastiaux, Inhaber



zfm

zfm • Seit 25 Jahren Personalberatung für Verwaltungen und kommunale Unternehmen
www.zfm-bonn.de

Brexit ante portas

Studie zur Auswirkung auf Städte und Regionen in Europa

Autorin Katja Turck, SPE-Kommunikationsreferentin im AdR

Die Brexit-Saga nimmt kein Ende: Ende März wollte Großbritannien ursprünglich die EU verlassen, doch die Austrittsverhandlungen sind weiterhin festgefahren. Beim jüngsten EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im April in Brüssel musste die britische Premierministerin Theresa May eine weitere Verlängerung der Austrittsfrist beantragen. Die Spannung steigt: Kommt es im Herbst 2019 tatsächlich zu einem „weichen Brexit" mit entsprechendem Austrittsabkommen, oder wird ein „harter Brexit" das Ergebnis des drei Jahre andauernden Polittheaters sein?

Die Unsicherheit, auf welches Szenario man sich nun vorzubereiten habe, wächst in der Zwischenzeit nicht nur in den Hauptstädten der EU-Mitgliedstaaten, sondern vor allem in Europas Städten und Regionen. Unabhängig davon, zu welchem Brexit-Szenario es schließlich kommen wird, und ganz abgesehen von den nachhaltigen Schäden, die das gescheiterte Management des Austrittsprozesses an der britischen Demokratie verursacht, werden Städte und Regionen als erste die Auswirkungen vor Ort auf ihre Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft zu spüren bekommen.

Laut einer vom Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) 2018 in Auftrag gegebenen Studie werden besonders die deutschen Bundesländer zu den größten Verlierern eines Brexit zählen: So befinden sich 41 von 50 Regionen, in denen Industrie und Handwerk unter dem britischen EU-Austritt besonders leiden dürften, in Deutschland. Dort wären bis zu 17,5 Prozent der Wirtschaftsleistung im produzierenden Gewerbe direkt negativ vom Brexit betroffen. Je enger die Handelsbeziehungen einer Region mit Großbritannien, desto höher die zu erwartenden Verluste.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung zu den ökonomischen Folgen des Brexit für EU-Länder und Regionen zeigt zudem, dass besonders Regionen mit einem hohen Anteil an mittelständischen Unternehmen betroffen wären. Ein „harter" Brexit würde laut der Studie die Kosten des Austritts für alle EU-Länder zusätzlich erheblich erhöhen und für Deutschland etwa doppelt so teuer wie ein weicher Brexit mit einem Handelsabkommen.

Besonders vom drohenden Brexit betroffen: die deutschen Bundesländer.

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/CEVAHIR

Brexitfolgen für Regionen

Im Plenum des AdR und auf dem im März organisierten Europäischen Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Bukarest konnten Lokal- und Regionalvertreter ihre Fragen und vor allem ihre Befürchtungen über die Folgen eines harten Brexit bereits mit EU-Chefunterhändler Michel Barnier diskutieren.

Niedersachsen macht sich u.a. Sorgen um seine Fischereiindustrie. „Ohne Abkommen würden die niedersächsischen Fischer das Recht verlieren, in den britischen Fanggründen auf Fischfang zu gehen, was für die niedersächsischen Fischer eine existentielle Bedrohung darstellen würde", so AdR-Mitglied Birgit Honé, Niedersachsens Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten. AdR-Mitglied Gerry Woop hebt die negativen Folgen des Brexit für Forschung und Bildung vor: „Berlin arbeitet eng mit Universitäten und Forschungseinrichtungen in Großbritannien zusammen, auch im Rahmen von EU-kofinanzierten Programmen. Wie wird es damit weiter gehen?"

Damit stellt der Berliner Staatssekretär für Europa eine weitere für Regionen und Städte besonders wichtige Kernfrage zur Debatte: Wie wird sich der Brexit auf die Höhe der EU-Fördergelder für Struktur- und Investitionsprogramme im zukünftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) auswirken?

Gerade weil der Brexit nicht alle Regionen Europas und nicht alle Sektoren gleichermaßen beeinflussen wird, fordert der AdR die EU-Kommission auf, entsprechende Finanzinstrumente vorzusehen, um gezielt dort helfend eingreifen zu können, wo die Auswirkungen am dramatischsten sein werden. Eine enge Zusammenarbeit mit britischen Regionen, Städten, Unternehmen und Hochschulen muss weiterhin möglich sein. Die in 40 Jahren entstandenen Kontakte und Verflechtungen und nicht zuletzt die vielen Menschen, die im Austausch zwischen Großbritannien und den anderen Mitgliedstaaten ihr Leben gestaltet haben, dürfen nicht den Preis für kurzsichtige Politik und Machtkalkül einiger weniger zahlen.

Die Studie des AdR zu den regionalen Auswirkungen des Brexit (2018) ist auf der Webseite herunterladbar:
https://cor.europa.eu/

Anzeige

Ambitionierte Klimapolitik braucht das Engagement von Städten, Gemeinden und Regionen.

Konvent der Bürgermeister

Kampf gegen den Klimawandel von unten

Autor Justus Schönlau, SPE-Fraktionsreferent im AdR

Die Auswirkungen des Klimawandels sind überall zu spüren, egal ob auf dem Land oder in großen oder kleinen Städten, und Maßnahmen zur Begrenzung von Treibhausgasen und zur Anpassung an das zukünftige Klima müssen deshalb ebenfalls „vor Ort" ergriffen werden. Ob im Bereich Verkehr, Energieversorgung, Straßenbeleuchtung oder Gebäudesanierung: Ein großer Teil der konkreten Projekte zur Erreichung nationaler, europäischer oder der im Pariser Abkommen verabredeten globalen Klimaziele braucht tatkräftige Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Stadtverwaltungen.

Diese Idee stand und steht hinter der Initiative eines Zusammenschlusses von lokalen und inzwischen auch regionalen Gebietskörperschaften zur Förderung ehrgeiziger Klimaziele. So entstand 2008 der „Konvent der Bürgermeister", eine freiwillige Selbstverpflichtung von Kommunen, über die EU-Klimaziele hinaus aktiv zu werden. Seitdem haben sich mehr als 7.700 Städte und Gemeinden aller Größen aus 57 Ländern der Bewegung angeschlossen.

KLIMAKOMMUNEN

7.755

Unterzeichner

252.629.868

Einwohner

64

deutsche Kommunen, von Aachen bis Wuppertal

QUELLE: AUSSCHUSS DER REGIONEN (STAND FÜR ALLE ZAHLEN: 17.04.2019)

Während sich die auch von der EU-Kommission und vom Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR, siehe Artikel S. 4) unterstützten Bemühungen zunächst auf EU-Städte und ihre Versuche, CO_2-Emissionen zu reduzieren, konzentrierten, wurde die geografische und thematische Reichweite des Konventes nach und nach vergrößert: 2012 wurde der Konvent für Dörfer, Städte und Regionen aus Ländern der EU-Nachbarschaft geöffnet, 2014 kam ein thematischer Schwerpunkt auf die Anpassung an den Klimawandel hinzu, und 2016 verband sich der Konvent mit einer ähnlichen US-amerikanischen Initiative zum „Globalen Konvent". Konvente sind auch in Asien und Afrika im Aufbau. Darüber hinaus ist seit 2016 das Thema Zugang zu nachhaltiger Energie (und damit der Kampf gegen Energiearmut) neben Treibhausgasvermeidung und Anpassungsmaßnahmen die dritte thematische Säule des Konvents.

Die Funktionsweise des Konvents ist dabei jedoch stets gleich geblieben: Eine Gemeinde oder Stadt, die Mitglied werden möchte, muss mit einer von den demokratischen Instanzen (Rat) unterstützten Zusage versichern, dass sie innerhalb von zwei Jahren nach Beitritt einen detaillierten „nachhaltigen Energie- und Klimaplan" nach den Kriterien des Konvents vorlegt, mit dem bis 2030 eine Einsparung von mindestens 40 Prozent an CO_2-Emissionen gewährleistet wird, wobei die meisten Pläne ambitionierter sind als das auf EU-Ebene verabredete Ziel. Die Städte verpflichten sich ebenfalls, sich einer regelmäßigen Überprüfung ihrer Fortschritte zu unterziehen. Im Gegenzug dafür bekommen sie Zugang zu den umfangreichen Informationen und Netzwerken des Konvents, können an entsprechenden Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch teilnehmen, erhalten ggf. Sichtbarkeit für besonders innovative Projekte und können sich mit anderen Teilnehmern für konkrete Schritte zusammenschließen. Regionen wiederum können als Koordinatoren der Städte und Gemeinden in ihrem Gebiet eine wichtige Rolle spielen.

Nicht zuletzt geht es beim Konvent auch darum, bei den Entscheidungsprozessen auf EU- und UN-Ebene die Erfahrungen und Anliegen der kommunalen Ebene gebündelt und mit dem starken gemeinsamen Willen sowie überprüfbaren Ergebnissen im Rücken einbringen zu können. Der AdR sieht sich als eine wichtige Verbindungsstelle zwischen dem Konvent und den sub-nationalen Gebietskörperschaften in Europa insgesamt und unterhält ein Netzwerk von „Konvents-Botschaftern", die in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und dort vor allem in den Verbänden der kommunalen Ebene über den Konvent informieren und für weitere Unterstützung werben sollen. Von den beinahe 8.000 den Konvent unterstützenden Städten und Gemeinden sind zur Zeit nur etwas über 60 aus Deutschland.

Weitere Informationen, auch zu den teilnehmenden Städten unter:
https://www.konventderbuergermeister.eu/de/

FOTO: STOCK.ADOBE.COM/RCFOTOSTOCK

Anzeige

SHOP.SPD.DE
info@imageshop.de
Telefon: 030 / 25993 650

IMAGE Produkte SHOP SPD

IMMER DAS RICHTIGE ...
AUS EINER HAND

UNSER TIPP!
FÜR EUREN KOMMUNAL-WAHLKAMPF:
Broschüre „Wahlsiegplaner" – Eine Checkliste für WahlkämpferInnen

>>> VIELE WEITERE INDIVIDUALISIERBARE PRODUKTE UNTER SHOP.SPD.DE

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Kommunen und Regionen in Europa

Eines der wichtigsten Ziele der Europäischen Union ist die Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts und der Solidarität der verschiedenen Regionen

Die Europäische Union ist ein starker Partner der Regionen, um Strukturwandel zu bewältigen, hier im Bild das Ruhrgebiet.

Die weitaus meisten Mittel des europäischen Haushaltes fließen deshalb in die Entwicklung wirtschaftlich schwacher und in besonders vom Strukturwandel betroffene Regionen, um wirtschaftliche und soziale Unterschiede zu verringern und Rückstände aufzuholen. Die europäischen Struktur- und Investitionsfonds wie der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Kohäsionsfonds und der Europäische Sozialfonds (ESF) sind mit 365 Milliarden Euro in der aktuellen Förderperiode der größte Ausgabeposten der EU – noch vor der gemeinsamen Agrarpolitik.

Damit ist die Kohäsionspolitik das wichtigste Investitionsinstrument der EU und sichtbarer Mehrwert europäischen Handelns vor Ort in den Kommunen. Regionen und Städte werden nachhaltig dabei unterstützt, die Herausforderungen des strukturellen Wandels in der demografischen Entwicklung der Bevölkerung, der Digitalisierung und des Klimawandels sozialverträglich zu bewältigen. Dabei sollen zwar vor allem strukturschwache Regionen gefördert werden, aber auch Investitionen in besonders stark vom Strukturwandel betroffene Regionen sind nötig. Die Förderung von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung, wie der Erhalt von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen, erfolgt vor allem in den Regionen. Europa stärkt die Regionen, damit vor Ort gegen die größten Probleme unserer Volkswirtschaften und Gesellschaften vorgegangen werden kann.

Nur wenn sich alle Regionen Europas wirtschaftlich weiterentwickeln und am Wohlstand partizipieren können, wird es auch weiterhin einen starken Zusammenhalt in der Europäischen Union geben. Keine Region darf abgehängt werden und auch künftig sollen alle Regionen von den Mitteln der Strukturförderung profitieren. Strukturpolitik macht Europa für die Menschen greifbar und konkret – das muss auch künftig überall erfahrbar sein.

Vertrauen aufbauen

Bei der Bewältigung des demografischen Wandels, der digitalen Revolution, den Folgen der Globalisierung und des Klimawandels ist die EU ein starker Partner der Regionen. Dabei ist die Kohäsionspolitik außerdem Katalysator für weitere öffentliche und private Finanzierungsmittel: Zum einen weil die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, für die europäischen Fördermittel eine Kofinanzierung aus ihren nationalen Haushalten zu leisten, und zum anderen weil dadurch das Vertrauen von Investoren aufgebaut wird.

Derzeit wird über die Ausgestaltung der Kohäsionspolitik im nächsten Finanzrahmen der EU nach 2020 gerungen. Angesichts der erwarteten Einnahmeausfälle durch den Austritt des Vereinigten Königreiches und die Finanzierung von neu auf die europäische Ebene übertragenen Aufgaben etwa bei Migration, Grenzschutz und Terrorbekämpfung wird dies keine leichte Aufgabe sein. Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag auf den Tisch gelegt, der in diesem Bereich bereits Kürzungen gegenüber der aktuellen Förderperiode umfasst, aber dennoch moderat höhere Beiträge der Mitgliedstaaten in den EU-Haushalt oder echte eigene Einnahmequellen der Union erfordert.

EUROPÄISCHE FÖRDERMITTEL

- Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) unterstützt Regionen mit Entwicklungsrückstand und Strukturproblemen. Er finanziert vor allem Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen und auch Maßnahmen, die der Energieeffizienz, der Forschung und dem Schutz der Umwelt dienen. Deutschland erhält in der laufenden Förderperiode aus dem EFRE knapp elf Milliarden Euro.

- Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das wichtigste beschäftigungspolitische Instrument der EU: Er unterstützt die soziale Integration durch Qualifizierung, Hilfe bei Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, Förderung von Bildungsmaßnahmen für den Zugang zu besseren Arbeitsplätzen. Deutschland erhält in der laufenden Förderperiode aus dem ESF rund 7,5 Milliarden Euro.

- Der Kohäsionsfonds unterstützt ausschließlich Vorhaben in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Verkehrsnetze. Er wird nur in den weniger entwickelten Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingesetzt. Deutschland erhält aus diesem Fonds keine Mittel mehr.

FOTO: MACLATZ/PIXELIO.DE

V.i.S.d.P.:
Carsten Schneider, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227-744 20, carsten.schneider@spdfraktion.de

„Wir bedienen alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge“

Im Interview spricht der Vorstandsvorsitzende Guntram Pehlke über das umfassende Engagement der DSW21-Gruppe in Dortmund

Autor Marc Wiegand

Ein schillerndes Stadtentwicklungsprojekt in Dortmund: der „PHOENIX See“.

Herr Pehlke, die DSW21-Gruppe ist in Dortmund überall präsent – vom öffentlichen Personennahverkehr bis zum Projekt „PHOENIX See“. Lässt sich das breite Engagement für die Stadt und deren Bürger unter einer Überschrift zusammenfassen?

Wir bedienen quasi alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge: Wir sorgen dafür, dass die Bürger mit sauberem Trinkwasser, mit Strom, Gas und Wärme sowie mit Telekommunikation und bezahlbarem Wohnraum versorgt werden. Darüber hinaus stemmen wir für die Stadt Dortmund und deren Bürger herausfordernde Infrastrukturprojekte wie etwa den „PHOENIX See“ und entwickeln sie im Sinne einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung weiter. Somit ist die DSW21-Gruppe ein Motor für den Strukturwandel.

Können Sie uns für diese Infrastrukturprojekte Beispiele nennen?

Der „PHOENIX See“ wurde bereits erwähnt. Das 24 Hektar große Gewässer, das auf einer ehemaligen Stahlwerksfläche entstand, ist zweifelsohne das schillerndste Stadtentwicklungsprojekt der vergangenen Jahrzehnte und besitzt eine Strahlkraft weit über die Stadtgrenzen hinaus. Daneben haben wir unseren Fokus auf die Erschließung größerer Brachflächen gelegt wie im Fall von Hohenbuschei und der Stadtkrone Ost. Dort sind ein gut angebundenes Neubaugebiet im Grünen und ein moderner IT- und Dienstleistungsstandort entstanden.

Derzeit sind auch neben der DSW21-Hauptverwaltung die Bagger im Einsatz …

Auf der rund 60.000 Quadratmeter großen Fläche entsteht ein hochwertiges Wohngebiet, welches von unserer eigenen Immobilienentwicklungsabteilung baureif gemacht wird. Nicht zu vergessen ist in puncto Stadtentwicklung die Neugestaltung des Hafenquartiers. Unsere Tochtergesellschaft d-Port21 hat das Ziel, zwei mitunter brachliegende Areale zusammenzuführen und sie ganzheitlich zu einem neuen, lebendigen Quartier mit eigenständigem Charakter zu entwickeln. Erste Überlegungen sehen dort die Schaffung eines „Digital-Campus“ vor.

Report Ruhrgebiet

Guntram Pehlke ist an der Spitze der DSW21 – Dortmunder Stadtwerke AG.

Das alles bedeutet eine Menge Arbeit, die auf viele Schultern verteilt werden muss: Wie viele Mitarbeiter stehen hinter der DSW21-Gruppe?

Wir haben insgesamt mehr als 5.000 Mitarbeiter, die tagtäglich für Dortmund und seine Bürger im Einsatz sind.

Apropos Zahlen: Wenn man die Betätigungsfelder der DSW21-Gruppe durchgeht, kommt man zum Schluss, dass es zu jedem der mehr als 600.000 Dortmunder einen Berührungspunkt gibt.

Wir sind stolz darauf, dass wir jeden Bürger mit mindestens einem Produkt oder einer Dienstleistung direkt erreichen. Ob er mit unserer Stadtbahn fährt, unser Trinkwasser trinkt, unseren Strom bezieht oder unseren Flughafen benutzt – wir sind der zuverlässige Partner direkt vor Ort.

Sie haben den strukturellen Wandel schon angesprochen: Wie geht die DSW21-Gruppe mit dem Wandel in den vielen unterschiedlichen Feldern um?

Diesen Wandel kann man nur bewältigen, wenn man sich selbst zu seinem Motor macht. Und das geht nur über erhebliche Investitionen und eine vorausschauende Planung. Ein Beispiel: Wenn wir elektromobil werden wollen, brauchen wir eine entsprechende Ladeinfrastruktur, die entsprechenden Netze und die passgenauen Angebote für die Bürger. Unser Tochterunternehmen DEW21 arbeitet derzeit mit Hochdruck daran und investiert übrigens ganz nebenbei noch 100 Millionen Euro in die klimafreundliche Wärmeversorgung der Dortmunder Innenstadt.

Auch in den Nahverkehr wird massiv investiert …

Wir befördern jährlich rund 130 Millionen Fahrgäste und stoßen auf manchen Linien an Kapazitätsgrenzen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen, was Fahrgastinformation oder Barrierefreiheit angeht. Daher nehmen wir rund 195 Millionen Euro in die Hand, um 24 bis 26 neue Stadtbahnen zu kaufen und zugleich 64 Bahnen modernisieren zu lassen. Das Vorhaben ist in dieser Form bundesweit einmalig. Außerdem sind massive Investitionen in Stellwerke, Signaltechnik oder Fahrtreppen notwendig. Das geht jedoch nur mit umfassenden wie zweckgebundenen Fördermitteln der öffentlichen Hand.

einundzwanzig.de

FOTOS: SHUTTERSTOCK; DSW21/HANNA WITTE

21

WIR MACHEN'S EINFACH.

einundzwanzig.de

Wohnen auf ehemaligen Zechenarealen

Die RAG Montan Immobilien gestaltet neue Stadtquartiere mit attraktiver Wohnqualität

Autor Stephan Conrad

Seit 1977 ist die RAG Montan Immobilien für die Sanierung und Entwicklung der ehemaligen Bergwerksareale der RAG zuständig. Bei der Entwicklung dieser Standorte hat das Thema Wohnen seit einigen Jahren einen immer größeren Stellenwert bekommen. Denn attraktive Grundstücke für den Bau von Einfamilienhäusern oder den Geschosswohnungsbau sind Mangelware. Die gestiegene Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken resultiert allerdings auch aus dem niedrigen Zinsniveau. Denn die Finanzierung ist ein wichtiges Argument für den privaten Häuslebauer genauso wie für den Investor eines Wohnbauprojektes.

Insofern richtete sich die RAG Montan Immobilien bei der Entwicklung der ehemaligen Bergwerksstandorte im Ruhrgebiet und im Saarland an den Anforderungen des Marktes aus und integrierte das Thema Wohnen in die Entwicklung des neu entstehenden Stadtquartiers. Inzwischen kann das Unternehmen auf mehrere erfolgreich abgeschlossene und in der Realisierung befindliche Wohnquartiere zurückblicken.

Eine echte Erfolgsgeschichte schreibt die RAG Montan Immobilien auf dem ehemaligen Kohlenlager des Bergwerkes Niederberg 1/2/5 in Neukirchen-Vluyn. In 2018 sind hier die letzten 64 Wohnbaugrundstücke von vier Wohnquartieren veräußert worden.

Wohnen im Grünen

Eine echte Erfolgsgeschichte schreibt die RAG Montan Immobilien am Niederrhein in Neukirchen-Vluyn und in Dinslaken. Auf rund 72.000 Quadratmeter Fläche von Niederberg 1/2/5 wird in Neukirchen-Vluyn unter dem Titel „Wohnen im Grünen“ Wohnbau entwickelt. Seit 2012 ist hier zwischen den Ortsteilen Neukirchen und Vluyn an der Niederrheinallee ein attraktives Wohngebiet entstanden, das in mehreren Bauabschnitten realisiert wurde. Insgesamt sind rund 300 Grundstücke für Wohnimmobilien entwickelt und vermarktet worden. Die RAG Montan Immobilien plant in 2019 zur Erweiterung dieses Wohnquartiers den Erwerb von angrenzenden rund 35.000 Quadratmetern Fläche von der Stadt für weitere Wohnbauprojekte.

Im Kreativ.Quartier Lohberg in Dinslaken ist die Vermarktung der Wohnbaugrundstücke im dort neu entstandenen Wohnquartier „Wohnen am Bergpark“ nahezu abgeschlossen. Die über 100 Grundstücke sind inzwischen komplett vermarktet bzw. reserviert. Am Fuß der begrünten Halde Lohberg und direkt am neu geschaffenen Bergpark haben die neuen Bewohner eine attraktive, verkehrlich gut angebundene Heimat gefunden.

Wohnen mit guter Anbindung

Am nördlichen Rand des Ruhrgebietes in Oer-Erkenschwick am Naturpark „Hohe Mark“ hat die RAG Montan Immobilien das Calluna-Quartier realisiert. Die Wohnbaugrundstücke sind komplett vermarktet. In den vergangenen sieben Jahren sind dort 50 Einfamilien- und Doppelhäuser sowie zehn Mehrfamilienhäuser entstanden. Für dieses Jahr sind weitere zwei Wohnbauprojekte auf Arrondierungsflächen rund um die ehemalige Bergwerksfläche geplant.

In Dortmund entstehen im Stadtteil Derne gleich zwei neue Wohnquartiere mit hervorragender Verkehrsanbindung auf dem ehemaligen Zechengelände Gneisenau. In den Wohnquartieren „Wohnen am Stadtteilpark“ und „Wohnen am Hochzeitswald“ stehen rund 50 Grundstücke für Eigenheime, für Geschosswohnungs- und Reihenhausbau zur Verfügung. Mit dem attraktiven Stadtteilpark sowie dem dort entstandenen Dienstleistungs- und Einzelhandelszentrum finden die neuen Bewohner ideale Bedingungen für ruhiges und gleichzeitig zentrales Wohnen in der Stadt vor.

Das neue Wohnbaugebiet „An der Geißwies“ im saarländischen Friedrichsthal zeichnet sich aus durch die Kombination aus Lage im Grünen, der Nähe zum Stadtzentrum und zu Nahversorgungs-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen. Insgesamt realisiert die RAG Montan Immobilien dort 60 Wohnbaugrundstücke in zwei Bauabschnitten. Der erste Abschnitt mit 36 Grundstücken ist inzwischen nahezu komplett vermarktet. Für den zweiten Bauabschnitt mit 24 Grundstücken läuft bereits die Vermarktung.

Neben diesen Projekten plant die RAG Montan Immobilien im Rahmen der Entwicklung auf ehemaligen Bergwerksarealen noch weitere Wohnbauprojekte im Ruhrgebiet und Saarland. So laufen beim Bergwerk West in Kamp-Lintfort, bei Erin 5 in Castrop-Rauxel und beim Bergwerk Ost in Hamm die konzeptionellen Planungen für Wohnraum für mehrere tausend Menschen. Für das Ruhrgebiet kann das Unternehmen eine positive Bilanz ziehen: Im vergangenen Jahrzehnt haben nahezu 4.000 Menschen auf alten Zechenstandorten ihr neues Zuhause gefunden.

Das Calluna-Quartier auf dem Areal der ehemaligen Zeche Ewald-Fortsetzung in Oer-Erkenschwick bietet Wohnraum für Familien mit Kindern, Singles und ältere Menschen in unmittelbarer Nähe zur Stadtmitte und zu einem neuen Einzelhandelszentrum.

FOTO: RAG MONTAN IMMOBILIEN/THOMAS STACHELHAUS

rag-montan-immobilien.de

Wir sehen
Möglichkeiten in
fortschrittlichen
Kraftstoffen für
eine bessere Fahrt
keep advancing
BP entwickelt fortschrittliche Kraftstoffe, die Autos unterstützen, effizienter zu fahren.
bp

Ruhrgebiet ist wichtiger Standort für die Wirtschaft

BP setzt auf moderne Logistik im Stadthafen Gelsenkirchen

Entstehende Kesselwagenverladung

Autor Marc Schulte

BP investiert in den kommenden Jahren einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag in die Modernisierung des Stadthafens Gelsenkirchen. Bis 2022 entstehen mit technischer Unterstützung durch Evonik und weitere Partner eine neue Kesselwagenverladung für Mitteldestillate (MD) und Kerosin sowie drei Tanken für Flugtreibstoff mit einem Fassungsvermögen von jeweils 15.000 Kubikmetern. Zusätzlich bauen Fachleute Binnenschiffsanleger und eine Fernleitungsanbindung an die benachbarte BP-Raffinerie im Stadtteil Horst aus. Die neue Pipeline ergänzt das bestehende Fernleitungsnetz und somit den sicheren sowie ressourcenschonenden Stoffstromverbund. Die Vorteile für den Pipeline-Anschluss des Werks Horst an den Stadthafen liegen dabei auf der Hand: höhere Effizienz, weniger Emissionen und geringere Kosten. Rohrfernleitungen sind die sichersten und umweltfreundlichsten Transportmittel für Rohstoffe und Produkte der chemischen Industrie. Ein Bauvorhaben, das den Wirtschaftsstandort Gelsenkirchen, den Chemieverbund im nördlichen Ruhrgebiet und die Versorgungssicherheit in ganz Deutschland stärkt.

Gelsenkirchen profitiert mehrfach

Im Mittelpunkt dieses Chemieverbunds: Der Produktionsstandort Gelsenkirchen samt Stadthafen als logistischer Dreh- und Angelpunkt für Kraftstoffe sowie petrochemische Produkte, der eng mit der BP-Raffinerie in Gelsenkirchen verzahnt ist. Gelsenkirchen ist somit Ausgangspunkt einer funktionierenden chemischen Wertschöpfungskette in Nordrhein-Westfalen. In der Chemieregion im nördlichen Ruhrgebiet arbeiten rund 18.000 Menschen. Die dort ansässigen Unternehmen erwirtschaften zusammen insgesamt einen jährlichen Umsatz von etwas mehr als zehn Milliarden Euro. Ein enormer Wirtschaftsfaktor für die Region – auch vor dem Hintergrund des Strukturwandels im Ruhrgebiet. „Mit dem Ausbau unserer Logistikkapazitäten stärken wir nicht nur die Versorgungssicherheit unserer Kunden, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der Chemiestandorte Gelsenkirchen und des nördlichen Ruhrgebiets. Außerdem werden vor Ort und in der Region neue Arbeitsplätze geschaffen“, sagt Wolfgang Langhoff, Vorstandsvorsitzender der BP Europa SE.

> **Mit dem Ausbau unserer Logistikkapazitäten stärken wir nicht nur die Versorgungssicherheit unserer Kunden, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der Chemiestandorte Gelsenkirchen und des nördlichen Ruhrgebiets.**
>
> Wolfgang Langhoff, Vorstandsvorsitzender der BP Europa SE

Die Region profitiert also in mehrfacher Hinsicht und sorgt mit dafür, dass der Wirtschaftsmotor nicht ins Stottern gerät. Daher entsteht in den kommenden Jahren eine moderne Logistik auf dem Stadthafengelände. Allein durch die neue rund anderthalb Kilometer lange Fernleitungsanbindung reduziert sich der Binnenschiffsverkehr zwischen dem Werk Horst und dem Stadthafen um 1.100 Schiffe jährlich. Zudem ist diese Verbindung deutlich unabhängiger von Wetterbedingungen und Niedrigwassersituationen. Durch die neue Kesselwagenverladung können rund 40 Züge pro Woche über die Gleise rollen. Das ist umso wichtiger, weil der Markt für Kerosin in Nordwesteuropa jährlich um zwei bis drei Prozent wächst. Die Raffinerie Gelsenkirchen ist mit ihrer Kerosin-Produktionskapazität ein entscheidender Marktteilnehmer und einer der Hauptversorger des Flughafen Düsseldorf. Eine sichere, effiziente und umweltschonende Versorgung ist dabei enorm wichtig. Durch die neue Kesselwagenverladung wird es möglich sein, den Flughafen Düsseldorf künftig nicht mehr ausschließlich mit Tankwagen, sondern vorrangig per Schiene zu beliefern. Allein dadurch könnten ab 2022 knapp 18.500 weniger Tankwagen im Ballungsgebiet Nordrhein-Westfalen fahren. Das CO_2-Einsparpotential beträgt rund 7.000 Tonnen pro Jahr. Das entspricht umgerechnet einer klimaneutralen Beleuchtung von circa 52.000 Wohnhäusern.

Chemie stärkt Industriebranchen insgesamt

Der Chemiesektor hat eine enorme Breitenwirkung, von der viele Industriebranchen in der Region profitieren. So entstehen allein durch die Umsetzung des Projekts 40 neue Arbeitsplätze. Auch bei der Planung und Umsetzung arbeitet BP eng mit lokalen und regionalen Unternehmen zusammen. Langhoff: „Nimmt man all diese Aspekte zusammen, wird schnell deutlich, dass dies zwar ein regionales Projekt, aber mit umfassender überregionaler Bedeutung ist.“

FOTOS: BP EUROPA SE

bp.de

Blick auf den Rhein-Herne Kanal am Raffineriewerk Horst

Gestalten Sie die Zukunft unseres Kreises in verantwortlicher Funktion!

Als leistungsstarker Kreis in Nordrhein-Westfalen verfügen wir über eine gut ausgebaute Infrastruktur und eine starke Wirtschaftskraft. Zudem bieten wir allen, die bei uns leben und arbeiten, vielfältige moderne und kompetente Angebote im Wohnumfeld, in Bildungseinrichtungen und vieles mehr, um die weiterhin positive Entwicklung voranzutreiben.

In 2020 finden bei uns die nächsten Landratswahlen statt. Als SPD möchten wir unseren Bürgerinnen und Bürgern einen exzellenten Wahlvorschlag machen.

Daher suchen wir eine überzeugende und gleichermaßen sympathische sowie gewinnende Persönlichkeit, die als

► SPD-Landratskandidat (m/w/d)

zukünftig mit Weitsicht und Pragmatismus und auf der Grundlage sozialdemokratischer Wertvorstellungen die Geschicke unseres Kreises an verantwortlicher Stelle prägt.

Die Stelle ist nach B7 LBesG NRW bewertet.

IHRE KERNAUFGABEN

- ► Verantwortung für die Gesamtentwicklung des kreisangehörigen Raumes
- ► Management der Kreisverwaltung mit allen zugehörigen Aufgabenfeldern
- ► Verantwortliche Führung einer großen Zahl von Mitarbeitenden (m/w/d)
- ► Engagierte Steuerung und Gestaltung der kreiseigenen Beteiligungen
- ► Repräsentation des Kreises nach innen und außen in allen relevanten Funktionen und Gremien

UNSERE ANFORDERUNGEN

- ► Gewinnende Persönlichkeit, die vertrauensvoll mit allen Gremien und Akteuren der Kreispolitik zusammenarbeitet
- ► Strategisch versierte Person mit hohem politischen Gestaltungswillen
- ► Souveräne Führungspersönlichkeit, die mit hoher sozialer Kompetenz und Fingerspitzengefühl die Belange der Kreisverwaltung managt
- ► Idealerweise Erfahrungen aus dem öffentlichen Umfeld

Die offizielle Nominierung des Kandidaten (m/w/d) erfolgt spätestens nach der Sommerpause im September 2019.

Gerne würden wir im Vorfeld einer möglichen Nominierung mit interessierten Damen und Herren vertraulich in Kontakt kommen, um herauszufinden, inwieweit die gegenseitigen Erwartungen zueinander passen.

Für eine erste vertrauliche Kontaktaufnahme stehen Ihnen unsere persönlichen Berater Edmund Mastiaux unter 0178 - 889 42 51 und Barbara Morschhaueser unter 0178 - 889 42 53 gerne zur Verfügung. Eine diskrete und vertrauliche Interessenbekundung können Sie direkt an mastiaux@zfm-bonn.de oder morschhaeuser@zfm-bonn.de senden.

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

zfm► Weitere Informationen und Stellenangebote finden Sie unter **www.zfm-bonn.de**

KOMMUNALWAHLEN Haben Sie schon Ihren Kandidaten?

zfm berät an die 500 Kommunen in ganz Deutschland bei der Besetzung von Top-Führungspositionen und zählt zu den führenden Beratungen in diesem Umfeld.

Unser Netzwerk ist exzellent. Wir unterstützen Sie vertraulich bei der Suche und Auswahl engagierter und souveräner Kandidaten (m/w/d) als...

► **Oberbürgermeister (m/w/d)**
► **Bürgermeister (m/w/d)**
► **Landrat (m/w/d)**

zfm► Vereinbaren Sie noch heute einen Gesprächstermin mit zfm-Geschäftsführer Edmund Mastiaux. **Wir beraten Sie gerne!**

www.zfm-bonn.de

Seit 2001
PREMIUMPARTNER
der ExtraSchicht

ExtraSchicht – die Nacht der Industriekultur am 29.06.2019

RAG
Montan Immobilien

Wir wünschen Ihnen eine **gute Schicht!**

Herzlich willkommen: Entdecken, erleben und genießen Sie den Strukturwandel live und freuen Sie sich mit uns auf die „Nacht der Industriekultur"! Für die prächtige Kulisse und das neue Gesicht des Ruhrgebiets engagieren wir uns übrigens schon seit mehr als 40 Jahren.

Im Welterbe 1–8 · 45141 Essen
www.rag-montan-immobilien.de/extraschicht